

## **Antrag an den Rat der Stadt Rheinbach**

Die unterzeichnenden Wohlfahrtverbände und Organisationen wenden sich an den Rat der Stadt Rheinbach mit folgenden Forderungen:

Der Rat der Stadt Rheinbach möge sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aussprechen.

### **Begründung:**

Seit rund einem Jahr gibt es eine „Rücknahmevereinbarung“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Afghanistan. Dort existieren, so die Einschätzung der Bundesregierung, Regionen, die als „sichere und zumutbare interne Schutzalternative“ gelten könnten. Auf dieser Grundlage verlangt das Bundesinnenministerium von den Bundesländern, dass sie abgelehnte, auch langjährig hier lebende Geflüchtete nach Afghanistan zurückschicken, um mit dieser Maßnahme den Anstieg der Flüchtlingszahl aus Afghanistan zu begrenzen.

Mit der politischen Änderung der Einschätzung der Lage Afghanistans einher ging ein Rückgang der Bewilligungen von Asylanträgen afghanischer StaatsbürgerInnen. Seit Anfang 2016 bekommt nur noch höchstens jeder zweite afghanische Asylbewerber Schutz in Deutschland (die Schutzquote betrug 2016 60%, im Jahr 2015 noch 78%). Nach Einschätzungen des Bundesinnenministeriums müssen 12.500 der hierzulande lebenden 247.000 afghanischen StaatsbürgerInnen Deutschland wieder verlassen.

### **Dem gegenüber steht die katastrophale Situation in Afghanistan.**

Laut Angaben des UNHCR (*Anmerkungen von UNHCR zur Situation in Afghanistan auf Anfrage des deutschen Bundesministerium des Innern Dezember 2016*):

- hat sich im Laufe des Jahres 2016 der innerstaatliche bewaffnete Konflikt in Afghanistan weiter ausgebreitet und ist durch eine Stärkung der aufständischen Kräfte, unter anderem der Taliban gekennzeichnet.

- sind im Jahr 2016 mehr als 11.000 ZivilistInnen getötet oder verletzt worden. Zu vermuten ist, dass diese Zahl in der Realität noch höher ist, da es aus keinem Landesteil verlässliche Zahlen zu Opfern gibt. Zudem gibt es neben den tödlichen Anschlägen oder Kriegshandlungen weitere erhebliche Gefährdungssituationen. Diese können zum Beispiel ZivilistInnen betreffen, die verdächtigt werden, Rebellen oder die Regierung zu unterstützen; Angehörige religiöser oder ethnischer Minderheiten, JournalistInnen; ebenso Kinder, die von Zwangsrekrutierung oder Frauen, die von sexueller Gewalt oder Zwangsehe bedroht sind.
- wurden im Jahr 2016 bis Mitte Dezember mehr als 530.000 Personen durch Konflikte innerhalb Afghanistans neu in die Flucht getrieben.

Die deutsche Botschaft in Kabul wurde nach einem Bombenanschlag im Mai 2016 geschlossen und bis heute nicht wieder eröffnet. Auch das Außenministerium gesteht ein, dass eine solide Lagebeurteilung nicht erfolgen kann, da Gespräche mit den Regierenden, sowie Dienstreisen im Land selber, kaum möglich sind.

**Wir können nicht zulassen, dass Menschen in dieses unsichere und gefährliche Land abgeschoben werden!**

Mit unserer Forderung, keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen, kann jede Stadt, jeder Kreis, jedes Land dafür Verantwortung übernehmen, Abschiebungen nach § 60a Aufenthaltsgesetz nicht durchzuführen.

Da die Zahl der Anerkennungen von Asylanträgen aus Afghanistan weiter gesunken ist, die Zahl der Abschiebungen allerdings nicht, müssen Duldungsflüchtlinge von den Kommunen alimentiert werden. Das führt dazu, dass die Verantwortlichen in den Kommunen sich Abschiebungen nicht entschieden entgegenstellen.

Die Finanzlage der Kommunen bestimmt allzu häufig eine menschliche Haltung geflüchteten Menschen gegenüber, das kann sich stimmungsmäßig auf die Bevölkerung und deren Haltung Geflüchteten gegenüber auswirken.

**Unsere Haltung und unsere Bereitschaft Geflüchteten Schutz zu gewähren darf nicht davon bestimmt werden, dass die Kosten allein den Kommunen aufgelastet werden. Das ist eine Angelegenheit von Bund und Ländern.**

Bundesländer wie Brandenburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Rheinland- Pfalz, Thüringen und Schleswig- Holstein haben ihre Beteiligung an der Durchsetzung von

Abschiebungen verweigert (Tagesspiegel vom 07.02.2017). Die Stadträte von Düsseldorf, Münster und Köln haben sich ebenfalls gegen eine Abschiebung ausgesprochen. Der Flüchtlingsrat NRW hat die Landesregierung aufgefordert, sich an dem Abschiebestopp zu beteiligen.

Ebenso haben sich die Kirchen des Landes sowie Amnesty International, der AWO Bundesverband, die Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht, die Diakonie Deutschland, die Caritas, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die neue Richtervereinigung, der Jesuiten Flüchtlingsverband, der republikanische Anwältinnen- Verband, sowie Pro Asyl gegen die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgesprochen.

Durch die letzten Gesetzesänderungen hat sich die Durchsetzung zur Ausreisepflicht verschärft, indem diese die Abschiebungen erleichtert.

**Populistische Forderungen dürfen nicht die Grundsätze unseres Asylrechtes beeinflussen.**

Viele Menschen, die in Siegburg leben, haben die Siegburger Erklärung unterschrieben, in der es heißt: "Unsere Menschlichkeit ist herausgefordert! Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Hunger, Gewalt und Verfolgung. In solchen Zeiten zeigt sich die Solidarität, die getragen wird von Mitgefühl und der Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger".

Der Stadtrat und der Kreistag des Rhein Sieg- Kreises können mit der politischen Forderung nach einem Abschiebestopp nach Afghanistan und der Nichtbeteiligung am Abschiebungsverfahren ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und des Mitgefühls zum Ausdruck bringen und damit ein Signal setzen gegen die politische Hetze rechter Parteien.

**Unterzeichner**

## Siegburg

### Abschiebung in Krisengebiete

### Wohlfahrtsverbände gegen Abschiebung nach Afghanistan



Besorgt über die Abschiebung von Flüchtlingen: Die Verfasser der Resolution im Austausch.

Foto:  
*Paul Kieras*

RHEIN-SIEG-KREIS. Neun Organisationen aus dem Rhein-Sieg-Kreis appellieren mit einer Resolution an die Politik, keinen Flüchtling zur Rückkehr in ein unsicheres Herkunftsland zu zwingen. Mitgefühl und Hilfsbereitschaft dürften kein Lippenbekenntnis bleiben.

Von Von Paul Kieras, 10.12.2017

Mit einer gemeinsamen Resolution haben sich neun Wohlfahrtsverbände und Organisationen an den Kreistag sowie an den Rat der Stadt Siegburg gewandt. Darin fordern sie die in den Gremien vertretenen Parteien auf, sich gegen die Abschiebung

von Flüchtlingen nach Afghanistan auszusprechen und keine Kandidaten für eine Abschiebung bei der Ausländerbehörde zu benennen.

„Weiterhin wird der Kreistag aufgefordert, aufgrund der veränderten Sicherheitslage (in Afghanistan) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Neuprüfung der Asylentscheidungen der Jahre 2016 und 2017 anzuregen“, heißt es in dem Papier. Außerdem soll der Kreistag an die NRW-Landesregierung appellieren, „dass Duldungsflüchtlinge von der Landesregierung alimentiert werden und nicht von den Kommunen“.

Christa Feld von der Flüchtlingshilfe Lohmar-Siegburg wies bei einem Treffen darauf hin, dass gerade die bestehende Regelung ein Problem darstelle. Viele Kommunen befänden sich in der Haushaltssperre, müssten überlegen, woher sie das Geld zur Finanzierung der Flüchtlinge nehmen sollten, und sähen sich unter Umständen gezwungen, beispielsweise Steuern zu erhöhen. „Das führt zu einer Entsolidarisierung. Viele Bürger fragen sich: Wozu soll ich für jemanden bezahlen, der eigentlich nicht hier sein darf?“

### **Willkommenskultur lässt nach**

Eine weitere Gefahr sehen sie und ihre Mitstreiter darin, dass Bürgermeister Abschiebungen durch Benennung von abgelehnten Asylbewerbern sogar beschleunigen könnten, um Kosten zu sparen. Laut Angelika Zeller, Sozialarbeiterin des SKM in der Flüchtlingsarbeit, hat die Willkommenskultur deutlich nachgelassen. Die Resolution diene als Appell an die Kommunen, keine Vorschläge mehr für Abschiebungen zu machen, hieß es. Einige Bundesländer verweigerten bereits ihre Beteiligung an der Durchsetzung von Abschiebungen. Die Stadträte von Düsseldorf, Münster und Köln hätten sich ebenfalls gegen eine Abschiebung ausgesprochen.

Grundsätzlich sind sich die Verfasser der Resolution einig, dass schon aus humanitären Gründen niemand in ein Land wie Afghanistan zurückgeschickt werden dürfe, wo sein Leben bedroht sei. Franz-Josef Windisch, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bonn/Rhein-Sieg, erinnerte den Rat der Stadt Siegburg an die „Siegburger Erklärung“. Das Bekenntnis zu Mitgefühl und Hilfsbereitschaft dürfe kein „Lippenbekenntnis“ sein und bedeute auch, keinen Geflüchteten „in ein unkalkulierbares Risiko“ abzuschicken.

Monika Bähr, SKM-Vorstandsvorsitzende, sprach sich dafür aus, die Resolution allen Kreiskommunen zuzusenden. Besorgt zeigten sich die Teilnehmer des Treffens in den Räumen der Kurdischen Gemeinschaft über Überlegungen in der Politik, in ein bis zwei Jahren Menschen nach Syrien abzuschicken.